



NEWSLETTER

Ausgabe 20. Juni 2013

POLITIKWECHSEL FÜR GUTE ARBEIT *Einigkeit von SPD und Gewerkschaften*

Erfolgreicher Sommerempfang der SPD für Betriebs- und Personalräte – Nils Schmid: „Arbeit hat nicht nur einen Preis, sondern auch einen Wert!“

Beim Sommerempfang der Landespartei für Betriebs- und Personalräte hat Nils Schmid einen Politikwechsel für Gute Arbeit eingefordert. „Wohlfahrt und Beschäftigung für alle, Recht und Ordnung am Arbeitsmarkt, der Kampf gegen prekäre Beschäftigung – auf all diese Herausforderungen hat Kanzlerin Merkel keinerlei Antworten geliefert“, sagte der SPD-Chef bei strahlendem Sonnenschein im Waldheim Heselach: „In Baden-Württemberg haben wir mit dem Tariffreugesetz gezeigt, dass es einen Unterschied macht, wer regiert. Arbeit hat nicht nur einen Preis, sondern auch einen Wert!“ Sozialministerin Katrin Altpeter ergänzte, un-

ter der alten Landesregierung habe Arbeitsmarktpolitik gar nicht stattgefunden. Und auch die Bezirksleiterin der IG Bergbau, Chemie und Energie Catharina Clay sowie der Vorsitzende des Betriebsrats der Robert Bosch AG Alfred Löckle betonten die Bedeutung von Guter Arbeit, wie sie sich die SPD auf die Fahnen geschrieben habe. Udo Lutz, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, fasste vor über 120 Gästen das Ziel nochmals treffend zusammen: „Wir wollen am 22. September endlich die Weichen stellen für eine arbeitnehmerfreundliche Politik!“ Weitere Informationen und Impressionen auf www.spd-bw.de.

Noch knapp 100 Tage bis zum 22. September – und unsere Wahlkampfplanung im Land wie auch in den Wahlkreisen läuft auf vollen Touren. „Gute Arbeit“ und Chancengerechtigkeit sind dabei die wichtigsten Themen, die es zu besetzen gilt. Jetzt starten wir durch!



Katja Mast
Generalsekretärin der
SPD Baden-Württemberg

IMPRESSUM

SPD Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart

Telefon: 0711/619 36-0
Fax-Nr.: 0711/619 36-20
E-Mail: bawue@spd.de
V.i.S.d.P.: Andreas Reißig



Werkverträge eindämmen!

SPD in Land- und Bundestag macht Lohndumping zum Thema

Die zunehmende Zahl von Werkverträgen allein zum Zwecke des Lohndumpings zerstört aus Sicht der SPD-Fraktionen in Land- und Bundestag den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft. „Leider besitzen zu viele Arbeitgeber eine erstaunliche Kreativität, wenn es darum geht, neue Billiglohnmodelle zu erfinden. Wenn das Unterlaufen von sozialen Standards durch Werkverträge nicht aufhört, muss der Gesetzgeber eingreifen“, betonte SPD-Fraktionsvorsitzender Claus Schmiedel unlängst bei einer aktuellen Debatte im Stuttgarter Landtag. Die SPD-Fraktion im Bundestag hatte bereits im Februar einen Antrag gegen den Missbrauch von Werkverträgen gestellt. „Eine sozial verantwortliche Politik kann nicht zulassen, dass Firmen immer neue Billiglohnmodelle erfinden, um Beschäftigte mit Hungerlöhnen abspesen zu können, die dann ihr Gehalt mit ‚Hartz IV‘ aus der Kasse der Steuerzahler aufstocken müssen“, erklärte dazu Spitzenkandidatin und Generalsekretärin Katja Mast.

Katrin Altpeter: „Gute Arbeit ganz oben auf der politischen Agenda“

DGB-Studie „Prekäre Beschäftigung in Baden-Württemberg“ deckt Fehlentwicklungen auf – Sozialministerin forciert aktive Arbeitsmarktpolitik

Die Zahlen aus der aktuell vorliegenden Studie des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind auch für Baden-Württemberg alarmierend: Rund 39 Prozent der Beschäftigten im Land sind heute atypisch beschäftigt – und über 18 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten beziehen nur Niedriglöhne. „Die Studie des DGB zeigt eindrucksvoll, wie wichtig es war, das Thema ‚Gute Arbeit‘ nach dem Regierungswechsel ganz oben auf die politische Agenda zu setzen“, sagte dazu Sozialministerin Katrin Altpeter. „Gute Arbeit‘ heißt nicht nur, möglichst viele Menschen in Beschäftigung zu bringen, sondern es bedeutet auch, die Qualität der Beschäftigung zu verbessern.“ Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, wie der ausufernde Niedriglohnsektor und die Zunahme prekärer Beschäftigung, müsse entschieden entgegengewirkt werden. Die Landesregierung habe deshalb bereits mehrere, bundesweit beachtete Initiativen in der Arbeitsmarktpolitik auf den Weg gebracht. „Und mit unserem Tarifreuegesetz sorgen wir aktiv und direkt in Baden-Württemberg für faire

Löhne und Gehälter. Das Land, die Kommunen und sonstige öffentliche Auftraggeber dürfen ihre Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben, die sich tarifreu verhalten. Und wir verpflichten uns bei der Auftragsvergabe selbst zu einem Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro pro Stunde als absolute Lohnuntergrenze“, so Katrin Altpeter. Für die Menschen in Baden-Württemberg, die trotz vergleichsweise guter Arbeitsmarktzahlen mit Schwierigkeiten bei der Arbeitsplatzsuche zu kämpfen hätten, habe die Regierung außerdem das Landesprogramm „Gute und sichere Arbeit“ gestartet. „Dabei setzen wir neue Ideen, innovative Konzepte und unkonventionelle Ansätze ein, um zum Beispiel Langzeitarbeitslosen, Alleinerziehenden und Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz die Rückkehr bzw. den Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt zur ermöglichen“, erläuterte die Sozialministerin. Weitere Informationen zur Arbeitsmarktpolitik der grün-roten Landesregierung auf www.sm.baden-wuerttemberg.de.

PARTEIKONVENT IN BERLIN



Die SPD hat auf dem Parteikonvent in Berlin ein klares Konzept für Gute Arbeit, moderne Familienpolitik und sichere Renten beschlossen. Mit den Stimmen der Delegation aus Baden-Württemberg hat der Konvent den Initiativantrag „Solidarisches Deutschland – Politik für die arbeitende Mehrheit“ verabschiedet – für ein Land, in dem es endlich wieder gerecht zugeht.

Mehr Informationen auf www.spd.de

GERNOT ERLER



„2011 hat Baden-Württemberg die schwarz-gelbe Erstarrung hinter sich gelassen. Der klare Kurs der grün-roten Landesregierung tut unserem Land sehr gut. Jetzt geht es darum, Deutschland mit Rot-Grün zu modernisieren und Merkels ‚Solltun-als-ob-Politik‘ abzulösen“, betonte Spitzenkandidat Gernot Erler anlässlich des bevorstehenden 100-Tage-Wahlkampfs.

Mehr Informationen auf www.gernot-erler.de

ANDREA NAHLES IN STUTTART



Auch Andrea Nahles stimmte die Genossinnen und Genossen im Land auf die heiße Wahlkampfphase ein. Wichtig sei es, die Politik „vom Sockel zu holen“ und die Menschen bei Hausbesuchen von Inhalten zu überzeugen. „Wir haben ein sehr gutes Wahlprogramm, das müssen wir nun auch transportieren“, so die Generalsekretärin auf einer Konferenz in Stuttgart.

Mehr Informationen auf www.spd-bw.de